XX-01

Bewerbung für den Parteirat

Liebe Freundinnen und Freunde,

hiermit möchte ich mich erneut für den Parteirat bewerben.

Wir können über das Jahr 2017 sicherlich vieles sagen, ein wirklich erfolgreiches grünes Jahr war es nicht. Wir haben noch stärker als in den letzten Jahren die Polarisierung und Spaltung unserer Gesellschaft zu spüren bekommen. Das Erodieren der großen Parteien und die starke Veränderung der politischen Landschaft spüren wir gerade in den letzten Wochen deutlich bei der Regierungsfindung.

Die Herausforderungen für uns als progressive grüne Kraft sind daher nicht weniger geworden, im Gegenteil. Die AfD im Bundestag, die gelähmte Regierungsbildung, die Situation der Europäischen Union und die Rolle Deutschlands sind dabei nur vier Fragen, die uns unmittelbar betreffen und uns auch innerparteilich auf die Probe stellen. Viele von uns waren zu Recht frustriert, nachdem die Sondierungsgespräche erfolglos endeten. **Aber wie so oft gilt: Aufstehen! Krone richten! Und weiter geht's**!

2019 ist vor allem für uns in den ostdeutschen Bundesländern ein entscheidendes Jahr. Aber nicht nur wir als Bündnisgrüne in Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern werden all unsere Kraft und Anstrengungen in dieses Wahljahr stecken müssen. Für uns als Bündnisgrüne steht die Frage nach unserer gesamtdeutschen Wirksamkeit und Sichtbarkeit. Wir sind dabei maßgeblich auf die Unterstützung der Gesamtpartei angewiesen. Ich möchte auch 2020 noch von einer gesamtdeutschen Bündnisgrünen Partei sprechen, die auch in den ostdeutschen Landesparlamenten vertreten ist.

Madeleine Henfling, KV Ilm-Kreis

Geboren 1983 Ilmenau/Thüringen

Studium der Geschichte, Afrikanistik und Niederländischen Sprachwissenschaft in Köln und Leiden/NL

2009-2011
Landessprecherin BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Thüringen

2012-2013
Mitarbeiterin Carsten Meyer MdL

2013-2014
Geschäftsführerin Landesfrauenrat Thüringen

Seit 2014
Mitglied des Thüringer Landtages

- Mitglied im Ausschuss für Europa, Kultur und Medien
- Obfrau im NSU-Untersuchungsausschuss
- Vorsitzende des Untersuchungsausschuss Aktenlager Immelborn
- Sprecherin für Wissenschafts-, Kultur-, Europa-, Medien- und Netzpolitik sowie für Strategien gegen Rechtsextremismus
- Stellvertretende parlamentarische Geschäftsführerin
- Obfrau Enquetekommission Rassismus und Diskriminierung

Seit 2009
Sprecherin Kreisverband Ilm-Kreis

Seit 2010
Mitglied im Kreistag Ilm-Kreis

Aktiv im Flüchtlingsrat Thüringen und in der Vernetzung Thüringer Bündnisse, Initiativen und Netzwerke gegen Rechts

Mitglied im Hospizverein Ilmenau und im Alpenverein

Ich lebe mit Ehemann und Kindern in Ilmenau

Dafür kämpfe und engagiere ich mich in der r2g- Koalition in Thüringen und dafür möchte ich auch im Bundesparteirat streiten. Viele zivilgesellschaftliche Organisationen hier zählen auf uns, Flüchtlingsräte, antirassistische Initiativen, Antifa-Gruppen, Umweltorganisationen und Bürger*innenrechtsengagierte. Wir müssen ehrenamtliches Engagement und das Eintreten für Demokratie jenseits der Palramente stärken. Keine politische Kraft tut das auch im Osten so deutlich wie wir. Ich bin Teil der dritten Generation Ost. Die Erfahrungen, die ich damit verbinde, möchte ich auch weiterhin in den Parteirat einbringen.

Ich möchte mich ganz explizit für die ostdeutsche Perspektive im Parteirat engagieren, da auch 28 Jahre nach der friedlichen Revolution Unterschiede und Besonderheiten existieren, die wir nicht außer Acht lassen dürfen. Die letzte Bundestagswahl hat uns nochmal sehr deutlich gemacht, dass wir in den ostdeutschen Bundesländern noch immer und wieder verstärkt um unseren Einzug in die dortigen Landesparlamenten fürchten müssen. Die Konsequenzen, die die unterschiedlichen Landesverbände aus dieser Wahl ziehen, gilt es auch in die strategischen Überlegungen für die anstehenden Wahlen einzubeziehen.

Wir Grünen stehen für enorme gesellschaftliche Umbrüche. Die Digitalisierung wird unsere Gesellschaft grundlegend verändern. Dabei geht es sicher oft um technische Fragen. Viel wichtiger ist aber dabei gesellschaftliches Umdenken, also wie immer eine Kopfsache! Diese Denkbarriere können wir tagtäglich beispielsweise in der öffentlichen Verwaltung erleben. Für die teilweise festgefahrenen Strukturen kommt die Digitalisierung durch Transparenzgesetze und e-Gouvernement einer Revolution gleich. Das wird auch auf Fragen des staatlichen Handelns und der Ausgestaltung demokratischer Prozesse enorme Auswirkungen haben. Dazu braucht es engagierte und zukunftsweisende Politik, die genau diese Veränderungen anstößt und gestaltet. Dazu braucht es uns als Bündnisgrüne Partei.

Der Rechtsruck in unserer Gesellschaft ist in meinem Bundesland Thüringen mehr als deutlich zu spüren, insbesondere für die Menschen, die als vermeintlich nichtdeutsch angesehen werden, die gesellschaftlich unbequem sind und sich aktiv gegen Rassismus, Homophobie und Sexismus zur Wehr setzen. Wie viele von uns Bündnisgrünen aus dem Osten erinnere ich mich noch gut an die Zeiten der 1990er Jahre, als Neonazis in Thüringer Städten teilweise ungestraft Punks, alternative Jugendliche, „Ausländer“ oder diejenigen, die sie dafür gehalten haben, angergriffen und verletzt haben. Ich kenne diese Geschichten nicht nur vom Hörensagen, sondern war als nichtrechte Jugendliche einer ostdeutschen Kleinstadt unmittelbar davon betroffen. Staatliche und gesellschaftliche Institutionen haben das Problem damals verharmlost und ignoriert, teilweise sogar befördert. Warum schreibe ich das? Weil in solch einem Klima der NSU entstehen konnte und uns eine der größten neonazistischen und rassistischen Mordserien der Nachkriegszeit gebracht hat. Rechtsextremismus und seine militanten Ausprägungen stellen nach wie vor eine Gefahr für unsere Gesellschaft dar. Vor dem Hintergrund von Gewaltakten, brennenden Sammelunterkünften von Geflüchteten und der rechtspopulistischen Diskursverschiebung gilt hier, nicht einfach den Rechtsruck hinzunehmen, sondern ihm entschlossen entgegenzutreten und zurückzudrängen. Wir dürfen uns nicht der rechtspopulistischen Diskurse anpassen und ihnen die Deutungshoheit überlassen, sondern es gilt ihnen mit progressiven, demokratischen und sozialen Forderungen entgegenzustehen. In diesem Sinne werbe ich um eurer Vertrauen und eure Stimme, um mit meinem vielfältigen Engagement und meinen breitgefächerten Themenbereichen auch auf Bundesebene einen Beitrag für unsere strategische und inhaltliche Arbeit leisten zu können.

Ihr habt Fragen? Dann meldet euch einfach!

madeleine.henfling@posteo.de oder 0170/9618722